

Was passiert bei der Einführung einer Impfpflicht mit Menschen, die sich trotzdem nicht impfen lassen wollen?

Die allgemeine Impfpflicht ist in aller Munde. Im Dezember startete man schon mal mit der praktischen Impfpflicht für Beschäftigte im Gesundheitswesen einen Testballon. Alle Fraktionen der Altparteien stimmten zu, obwohl sie das vor der Wahl ausgeschlossen hatten. Die AfD-Fraktion stimmte als einzige dagegen, die Linken enthielten sich. Im Zuge der Diskussion über eine allgemeine Impfpflicht äußerten sich mehrere Mitglieder der Bundesregierung zu Bußgeldern im Falle der Nichtbefolgung dieser Pflicht. Herr Lauterbach versprach, dass Menschen nicht ins Gefängnis kämen, wenn sie sich nicht impfen lassen.

Allerdings sieht der § 96 Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG) eine sogenannte Erziehungshaft für den Fall der Nichtzahlung des Bußgeldes vor, die gem. § 96(3) OWiG bis zu drei Monate andauern kann. Deswegen stellte ich der Bundesregierung am 03.01.2022 unter anderem folgende Frage:

„Schließt die Bundesregierung aus, dass bei Nichtbezahlung eines Bußgeldes wegen Nichtbefolgung der geplanten Impfpflicht, Erziehungshaft gemäß § 96 Ordnungswidrigkeitengesetz angeordnet wird und somit Bürger dann gem. § 96 (3) OWiG bis zu 3 Monate in Haft genommen werden?“

Gregor Gysi thematisierte das bei Markus Lanz, sprach allerdings von Beugehaft. Hier stellt sich natürlich die Frage, wo die Regie-



rungen all die Menschen inhaftieren wollen, die sich dann unter Umständen und hoffentlich der Pflichtimpfung entziehen und dann das Bußgeld nicht bezahlen. Deswegen lautete eine weitere Frage:

„Plant die Bundesregierung für den Fall, dass bei Nichtbezahlung eines Bußgeldes wegen Nichtbefolgung der geplanten Impfpflicht, Erziehungshaft gemäß § 96 Ordnungswidrigkeitengesetz angeordnet wird und somit Bürger dann gem. § 96 (3) OWiG bis zu 3 Monate in Haft genommen werden, ob der schier Masse an Bürgern, die dann in Haft genommen werden müssten, zusätzliche provisorische Haftanstalten oder –einrichtungen zu installieren?“ Diese Frage ist etwas sperrig formuliert, was

aber an den Vorgaben zur Stellung von sogenannten Einzelfragen liegt. Der kluge Leser hat natürlich erkannt, worauf die Frage abzielt.

Werden in Deutschland wieder Lager errichtet? Werden in diesen Lagern alle diejenigen, die sich nicht impfen lassen und dann auch ihr Bußgeld nicht bezahlen wollen, untergebracht? Es ist unfassbar, mit welchen Fragen man sich heutzutage konfrontiert sieht. Aufgrund der massiven bundesweiten Proteste versuchte die Regierung die Bevölkerung zu täuschen und kolportierte, die Impfpflicht käme erst im Juni. Sie wird aber bereits am 26.01.2022 debattiert. Es geht aber nicht nur um die allgemeine Impfpflicht, sondern um alle vollkommen absurden und unverhältnismäßigen Corona-Zwangsmaßnahmen. Deswegen muss der Kampf gegen diese Zwangsmaßnahmen in den Parlamenten und auf der Straße weitergehen, bis wir endlich wieder frei leben können.

Karsten Hilde, MdB

Aus dem Landesvorstand

**AfD steht zu
friedlichen
Demonstranten!**

Wir solidarisieren uns ausdrücklich mit allen Menschen, die friedlich für ihre grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechte eintreten. Die Kraft der direkt vor Ort von den Bürgern selbst organisierten Proteste liegt in ihrer Friedfertigkeit. Wir wenden uns ausdrücklich gegen jedwede Eskalation, von welcher Seite auch immer.

Wir legen im Gegensatz zu anderen politischen Gruppen allergrößten Wert darauf, die legitimen Bürgerproteste nicht politisch zu vereinnahmen. Uns ist sehr wohl bewusst, dass sich Menschen mit verschiedenen politischen Grundüberzeugungen auf der Straße für die Freiheit einsetzen.

Die AfD Sachsen verteidigt konsequent die freiheitlich demokratische Grundordnung, sowohl in den Parlamenten als auch mit verschiedenen öffentlichen Aktionen.

Widerstehen! Zusammenhalten!

Ein neuer Staatsfeind ist unterwegs - der Spaziergänger.

Mich erinnern die Berichte von der Infektionsfront in Stil und Wortwahl merkwürdig an die Zeit vom Herbst 1989. Selbstverständlich habe man das Recht zum Spaziergehen, aber gewisse Leute missbrauchen dieses Recht! Das darf man nicht zulassen! Wo kommen wir da hin? In eine Zeit, als „mit Rechtsverletzern durchsetzte Menschenmassen“ Honecker & Co zum Abdanken brachten?

Kurz nach Neujahr gab es auf Antrag der AfD-Fraktion ein Sonderplenum im Sächsischen Landtag. Wie nicht anders zu erwarten, lehnten die Altparteien in einmütiger Geschlossenheit und üblicher Polemik unseren Antrag „Versammlungsfreiheit ermöglichen“ ab.

Das war am Vormittag. Am Nachmittag ließ dann Innenminister Wöllner (CDU) wissen, dass er in Zukunft Demonstrationen mit 1.000 Teilnehmern zulassen möchte. Diese Dreistigkeit kann ich nur mit dem Satz kommentieren: AfD wirkt!

Damit ist der Versuch, Sachsen in einen Winterschlaf zu versetzen, kritische Stimmen zum Verstummen zu bringen, auf ganzer Linie gescheitert. Viele tausend Menschen protestieren Woche für Woche gegen die Spaltung unserer Gesellschaft. Das begrün-

den wir ausdrücklich.

Es ist sehr bedauerlich, dass der bislang gute Ruf der sächsischen Polizei in der Bevölkerung durch die Fälle von Polizeigewalt, denen wir nachgehen werden, Schaden genommen hat. Die dafür Verantwortlichen sitzen in der sächsischen Staatsregierung! Die sächsische Polizei darf nie wieder zum Ausputzer einer verhinderten politischen Debatte gemacht werden!

Gleichwohl bereiten mir auch solche Fälle Sorge, bei denen die Eskalation der Lage aus dem Kreis der Spaziergänger bzw. Demonstranten gesucht wurde. Dies verurteile ich, und ich verbinde es mit der Frage: Wem nutzt es?

Deutschland hatte bekanntlich am 26. September 2021 die Wahl. Eines dürfte schon jetzt feststehen: Die neue Bundesregierung um den keine roten Linien kennenden Kanzler Scholz wird alles tun, um ihr nicht öffentlich ausgesprochenes Vorhaben zu realisieren: Uns zum „Besten der Gesellschaft“ noch zügiger arm machen, als es unter Merkel schon geschah. Die Saat ihrer 5860 Tage als Bundeskanzlerin geht kräftig auf. So „verdanken“ wir den von Merkel maßgeblich geförderten Klimamodellierern aus Potsdam die Kernpunkte der „Großen Trans-



formation“.

Nicht „modelliert“, sondern real ist hingegen folgende Zahl: Mit Abschaltung der letzten sechs Kernkraftwerke bis Anfang 2023 entsteht bei der Stromerzeugung eine Kapazitätslücke, die mehr als der gesamten deutschen Solarstromerzeugung entspricht! Habecks Wind-Kommissare werden sich zügig auf den Weg machen, um die Planungen für neue Windanlagen brachial voranzutreiben. Einspruchsrechte der Bürger und Verbände müssen schleunigst geschleift werden. Widerstand scheint vorprogrammiert.

Steht mit dem diagonal denkenden Windkraftgegner schon der nächste Staatsfeind vor der Tür?

Blieben wir wachsam!

Jörg Urban
AfD-Landesvorsitzender Sachsen

PRESEMITTEILUNG zur **Presseerklärung der Bürgerinitiative „Mahnwache Bautzen“** und zur **Stellungnahme der Stadtverwaltung Bautzen/ des Oberbürgermeisters Herrn Ahrens**

Wir unterstützen voll und ganz den Inhalt und die Forderungen der Presseerklärung der Bürgerinitiative „Mahnwache Bautzen“.

Die politische und vor allem mediale Forderung an die Polizei, Versammlungen, Zusammenkünfte oder Spaziergänge der Bürger, zu verhindern so wie härter und konsequenter einzugreifen ist nun auch in Bautzen umgesetzt worden. In Ausrüstung, Kampfaufstellung und Gewaltanwendung treten Teile der Polizei wie bei Kampfeinsätzen zur Terrorismusbekämpfung auf, wie vor allem am 27.12.2021 geschehen.

Friedliche, unbewaffnete Bürger allen Alters, vom Kind bis zum Greis, werden eingekesselt und mit Reizgas, Schlagstöcken und körperlicher Gewalt angegriffen. Mutmaßliche Ordnungswidrigkeiten werden als Begründung für diese Einsätze angegeben.

Dieses extreme Vorgehen der Polizei war vor Monaten noch für viele unvorstellbar und hat sich selbst in der DDR erst in der Endphase 1989 so brutal dargestellt.

Wir missbilligen entschieden die Presseinformation der Stadtverwaltung Bautzen vom 28.12.2021, deren Inhalt dem OB Herrn Ahrens zugeschrieben wird.

Beim Amtsantritt hat der OB verkündet, dass er für alle Bautzener da sein wird, auch für die, die ihn nicht gewählt haben. Seine Bürger, vielleicht auch seine Wähler, bezeichnet er nun als „Gestalten“. Eine Wandlung, die bedenklich ist und bei der nächsten OB-Wahl beachtet werden sollte.

Auch wir distanzieren uns entschieden von gewaltsuchenden Extre-

misten. Aber die Forderung des OB, keine Demos mehr anzumelden, ist unlogisch und abzulehnen. Mit der gleichen Begründung müssten auch Fußballspiele von einigen Vereinen abgesagt werden. Wir fordern den OB Herrn Ahrens auf, alles in seiner Macht stehende zu unternehmen, um Schaden von der Stadt, aber vor allem von deren Bürgern abzuwenden.

Die vom OB geforderte Aktion „Licht aus“ spaltet weiter die Stadtgesellschaft. Ein Stadtoberhaupt sollte aber seine Bürgerschaft einen. Wir wollen als Stadträte den friedlich auf der Straße versammelten Bürgern eine Stimme geben und fordern den OB zu einem zeitnahen Gespräch zu diesem Thema auf.

Wir rufen gleichzeitig andere Fraktionen/Stadträte auf, sich an dem Gespräch zu beteiligen, wenn sie auch die Interessen dieser Bürger/Wähler vertreten wollen.

Gegenüber der Versammlungsbehörde/Landratsamt und der Landesregierung Sachsen fordern wir die sofortige Rücknahme der unlogischen, undemokratischen Versammlungseinschränkung auf 10 Personen, wie auch schon von der GdP gefordert.

Aufzüge/ Versammlungen von friedlichen Bürgern sollen sofort als Grundrecht nicht mehr verboten und bekämpft werden.

Die Polizei sollte wieder diese friedlichen Demonstrationen in normaler Dienstiniform begleiten und vor Gewalttätern schützen, wie dies bis zum 22.11.2021 auch in Bautzen praktiziert wurde.

AfD – Stadtratsfraktion Bautzen

Warum es die AfD auch 2022 braucht



Um die Arbeit 2021 in Zahlen auszudrücken:

Gesetzesentwürfe:	9
Große Anfragen:	16
Änderungsanträge:	230
Anträge:	130
Dringliche Anträge:	5
Kleine Anfragen:	4330
Normenkontrollklagen:	11

Wer alles noch genauer wissen möchte, ausführliche Infos gibt es unter <https://edas.landtag.sachsen.de/>.

Bereits das zweite Jahr greifen die staatlichen Corona-Vorschriften massiv in unser wirtschaftliches und privates Leben ein. Ein unerträglicher Zustand, der die gesellschaftliche Spaltung nur noch weiter verschärft. Zudem kennt die politische Spaltung kein Grau, sondern nur noch Schwarz oder Weiß.

Eine Situation, die unser deutsches Vaterland durch den jeweils herrschenden Machtapparat, leider schon oft erlebte. Die fatalen Folgen waren leider für jede Generation schmerzhaft.

Daher wird unser Kampf für die Freiheit des Einzelnen, gegen Impfwang, gegen staatliche Bevormundung und Gleichmacherei auch 2022 prägend sein. Das kostet Kraft und erfordert viel Leidenschaft.

Daher der Dank an alle AfD-Mitglieder, Freunde, Sympathisanten und Unterstützer,

die immer wieder für unsere Ideen und Überzeugungen eintreten. Egal ob auf Kommunal- oder Kreisebene, beim Plakatieren, beim Flyer verteilen, bei Infoständen, an der B96 oder bei den Demonstrationen im Landkreis, bei Diskussionen, usw.

Ohne diese Gemeinschaft wären unsere Erfolge 2021 nicht möglich gewesen. Bestes Beispiel ist die direkte Wiederwahl von unserem Bundestagsabgeordneten Karsten Hilde.

Aber auch die AfD-Fraktionsarbeit im Sächsischen Landtag muss sich nicht verstecken. Immer wieder erleben wir die mediale Ausgrenzung. Im Vergleich zu den Landtagsergebnissen, finden wir beim GEZ-Monopolisten MDR kaum Gehör. Oft fragen uns die Leute auf der Straße: „Was macht ihr eigentlich? Wir hören kaum was von der AfD.“

Ich kann euch versichern, die AfD-Landtags-

fraktion ist fleißig. Wir kämpfen immer für unsere freiheitlichen Ansichten und Ziele. Zugleich auch ein Wort an alle AfD-Nichtwähler.

Die AfD ist die einzige Oppositionspartei in Deutschland. Man muss uns nicht mögen, aber Deutschland braucht uns. Dieses Erkenntnis ist für einige Bürger bitter, aber zutiefst demokratisch. Denn ohne die AfD bestünde Deutschland aus einer politischen Einheitsfront, ohne politische Diskussion und Kritik an der Regierung. Alle Parteien, außer der AfD, sind sich bei Corona, Flüchtlingen, Kohleausstieg, erneuerbaren Energien, Abschaffung von Verbrennungsmotoren, Genderwahn, geplanten Steuererhöhungen, etc. einig.

Wer glaubt, ohne die AfD sei Sachsen demokratischer, bzw. man muss 27 Prozent des Wählerwillens vom politischen Alltag ausschließen, der irrt.

Frank Peschel, MdL



STATT WEITERER ABSURDER REGELN:

**FREIHEITSBERAUBUNG
DER BÜRGER SOFORT
BEENDEN!**

ALICE WEIDEL

Zwar ist eine Debatte um eine allgemeine Impfpflicht erst einmal verschoben, dennoch wollen Bund und Länder den Reigen unverhältnismäßiger und wirkungsloser Maßnahmen noch einmal ausdehnen. Demnach wird voraussichtlich noch heute beschlossen, dass ab dem 15. Januar in der Gastronomie „2G plus“ gilt, besonders „Bars und Kneipen“ sollen hier überwacht und die Einhaltung dieser Regel durchgesetzt werden. Die Bedeutung von 2G plus: Auch wer genesen oder geimpft ist, muss sich testen lassen. Oder anders ausgedrückt: Von drei völlig gesunden Menschen, die nach einem negativen Test keinerlei Gefahr für andere darstellen, dürfen nur zwei ein Lokal betreten, der gesunde Dritte muss nur deshalb draußen bleiben, weil er nicht geimpft ist. An Absurdität ist es ebenfalls nicht zu überbieten, dass uns der Staat vorschreiben möchte, mit wem wir uns in unserem Privatraum treffen dürfen. Auch weiterhin dürfen maximal 10 Geimpfte oder Genesene gleichzeitig zusammenkommen. Bei genauerer Betrachtung fehlt es diesen Maßnahmen nicht nur an sachlicher Substanz, sie greifen auch tief in unser Privatleben ein. Mit wem ich mich wann und wo treffe, geht den Staat nichts an. Mich wiederum geht der Gesundheitsstatus meines Gastes ebenso wenig etwas an wie den Inhaber eines Restaurants oder einer Bar. Sämtliche Maßnahmen haben, dem Vorbild vieler europäischer Länder nach, endlich eingestellt zu werden. Die Freiheitsberaubung einer ganzen Gesellschaft muss endlich ein Ende finden.

Unterstützungsangebot für Beschäftigte im Gesundheitswesen

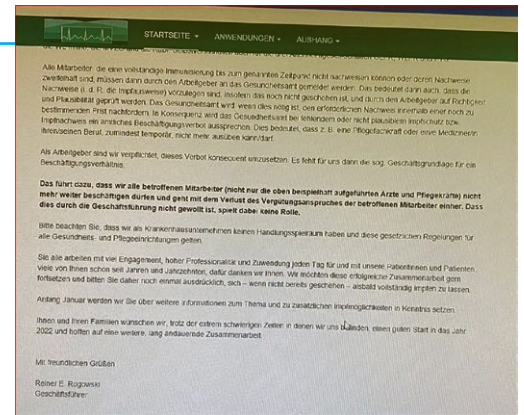
In den letzten Tagen versendeten mehrere Klinikums- und Pflegeheimbetreiber an ihre Mitarbeiter Mails bzw. veröffentlichten in ihren Intranets Drohungen, dass diese ab dem 16.03.2022 entlassen würden, wenn sie sich bis dahin nicht der experimentellen Genterapie unterziehen würden. Gemeinhin wird diese Therapie als Impfung bezeichnet oder in skandalöser Art und Weise als Pieks verharmlost. Dass es sich bei dieser experimentellen Genterapie mitnichten um eine Impfung im herkömmlichen Sinne handelt und schon gar nicht um einen harmlosen Pieks, ist hinlänglich bekannt. Die offiziell gemeldeten Nebenwirkungen, die schwerwiegenden Nebenwirkungen und die Todesfälle im Zusammenhang mit dieser experimentellen Genterapie betragen ein Vielfaches ALLER gemeldeten Nebenwirkungen nach Impfungen der letzten 20 Jahre ZUSAMMEN. Leistungssportler brechen auf dem Spielfeld mit Herzstillstand zusammen, die Zeitungen sind gefüllt mit „plötzlich und unerwartet“, die Anzahl der Herzinfarkte, Schlaganfälle, Thrombosen, Herzmuskelentzündungen u.a. Erkrankungen, die im Zusammenhang mit der experimentellen Genterapie zu stehen scheinen, steigen in unbekannte Höhen. Das medizinische Personal ist mit den Auswirkungen der experimentellen Genterapie hautnah und täglich konfrontiert. Das könnte einer der Gründe sein, warum gerade unter dem medizinischen Personal die Quote derjenigen, die sich diese experimentelle Genterapie nicht verabreichen lassen wollen, besonders hoch ist. Medizinisches Personal kann das Risiko viel besser einschätzen, als Bürger, die nicht täglich mit den Auswirkungen der Genterapie zu tun haben. Die Quote der Beschäftigten im Gesundheitswesen, die sich der experimentellen Gentera-

pie unterzogen haben, betrug im Dezember 2021 in Sachsen 59%, in Bautzen 54%. Fast die Hälfte der Arbeitnehmer haben von der Verabreichung der experimentellen Genterapie Abstand genommen. In dieser Situation eine faktische Pflicht, sich dieser Genterapie zu unterziehen, in Gesetzesform zu gießen, wird die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in einem Maße gefährden, wie es kaum ein Virus könnte.

Viele Ärzte, Krankenpfleger, Altenpfleger und weitere Beschäftigte im Gesundheitswesen überlegen nun, in der Hoffnung, dass sie von den verheerenden Folgen der Genterapie nicht betroffen sein werden, ob sie sich gegen ihre eigene Überzeugung dieser Genterapie unterziehen, um ihren Arbeitsplatz zu behalten.

Wir empfehlen den Betroffenen allerdings, sich nicht verrückt machen zu lassen. Hier wird lediglich der Druck auf diejenigen, die sich dieser experimentellen Genterapie aus guten Gründen verweigert haben, in unerhörter Weise erhöht. Die Hoffnung der Verantwortlichen ist natürlich, dass sich viele Mitarbeiter noch vor dem 15. März freiwillig der experimentellen Genterapie unterziehen.

In mehreren europäischen Ländern, in denen eine sogenannte Impfpflicht für Beschäftigte im Gesundheitswesen eingeführt wurde, rudern die Regierungen zurück. In den Vereinigten Staaten haben die größten Krankenhausbetreiber angekündigt, dass sie die durch die Biden-Administration ausgerufene Impfpflicht nicht durchsetzen werden. Grund sind die katastrophalen Folgen für die Gesundheitssysteme. Es ist sehr wahrscheinlich, dass der Termin, bis wann Mitarbeiter einen sogenannten Impfnachweis vorlegen müssen, absichtlich in den März gelegt wurde,



um sich selbst eine Hintertür offen zu halten. Für gewöhnlich flauen die Wellen von Erkältungskrankheiten im März ab, so dass die Regierungen dann offiziell die Notwendigkeit der sogenannten Impfpflicht für Beschäftigte im Gesundheitswesen als nicht mehr gegeben deklarieren könnten.

Die AfD wird in Kürze einen Leitfaden veröffentlicht, der Handlungsempfehlungen für Gesundheitsmitarbeiter enthält. Gleichzeitig wird die AfD eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht einreichen. Zudem wird allen Betroffenen eine Musterklage zur Verfügung gestellt, mit der sie sich gegen eine Kündigung wehren können, wenn diese erfolgt, weil sie sich der experimentellen Genterapie nicht unterziehen wollen. Schon die Ankündigung, dass der Leitfaden und die Musterklage erstellt werden, führte dazu, dass mehr als 2.000 Betroffene die AfD angeschrieben haben, mit der Bitte, ihnen die Dokumente persönlich per mail zuzusenden. Wenn auch Sie den Leitfaden und die Musterklage persönlich zugesandt haben möchten, schreiben Sie bitte per mail an bundesvorstand@afd.de.

bleiben Sie standhaft! Folgen Sie Ihrem gesunden Menschenverstand und nicht unverantwortlichen Politikern und Journalisten, die die grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechte mit Füßen treten und unsere freiheitliche demokratische Grundordnung aushebeln.

Karsten Hilse, MdB

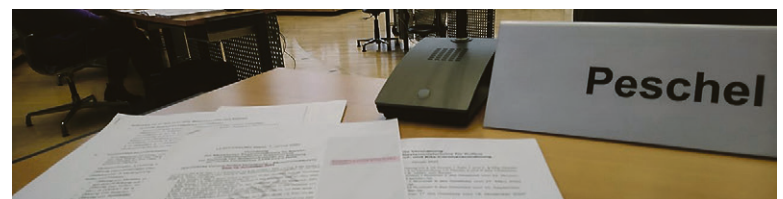
Neue Corona-Verordnung schließt gesunde Menschen weiterhin aus

Frank Peschel, AfD-Landtagsabgeordneter aus Bautzen kommentiert:

„Im Landkreis Bautzen gibt es aktuell über 82 Corona-Testcenter. Jeden Tag lassen sich unzählige Bürger testen, um auf Arbeit gehen zu können. Diese Menschen mit nachweislichem Negativtest sind gesunde Bürger. Trotzdem schließt die neue Corona-Verordnung diese Menschen vom gesellschaftlichen Leben aus. Diese Diskriminierung ist inakzeptabel.“

Die neue Corona-Verordnung wurde offenbar ohne wirtschaftlichen Sachverstand erarbeitet und ist voller Widersprüche.

Ein Friseurbesuch ist mit einem Negativtest möglich. Beim Handel, Gastronomie, Tourismus oder Dienstleistern wie Reisebüros werden gesunde Menschen ausgeschlossen. Diese Ungleichbehandlung ist für mich und viele andere Bürger nicht nachvollziehbar, zumal die staatlichen Anordnungen massiv in die wirtschaftliche Freiheit



der Unternehmen eingreifen. Die Maßnahmen sind nicht verhältnismäßig. Ein unerklärbares Beispiel: Die Gastronomie muss 22 Uhr schließen, obwohl die Kundschaft einen Impf- oder Genesenachweis sowie einen Testnachweis erbringen muss.

Diese und andere Absurditäten müssen schnellstens beendet werden, damit sowohl Gesunde am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und Unternehmer nicht länger in ihrer wirtschaftlichen Freiheit beschränkt werden.“

Frank Peschel, MdB

Kommunen erhalten keine Hilfe für entgangene Weihnachtsmarkteinnahmen

Wenige Tage vor Beginn der Weihnachtsaison 2021 verbot die Staatsregierung deren Eröffnung.

Kommunen und Schausteller hofften bis zum Schluss und sind für die Weihnachtsmarktsaison in Vorleistungen gegangen. Wie meine Kleine Anfrage (Drs 7/ 8378) ergab, erhalten die Kommunen für den wirtschaftlichen Verlust keine Entschädigung.

Frank Peschel, AfD-Landtagsabgeordneter aus Bautzen, kommentiert:

„Viele Entscheidungen der Staatsregierung bezüglich der Corona-Maßnahmen werden meines Erachtens ohne wirtschaftlichen Sachverstand getroffen. So auch bei der kurzfristigen Absage der Weihnachtsmärkte. Ohne den Betroffenen ein wirtschaftliches Konzept zu präsentieren, erfolgte die Absage.“

Erschreckend ist, dass die Staatsregierung nicht weiß oder wissen will, wie viele Weihnachtsmärkte in Sachsen von der Absage betroffen waren und wie viel Umsatz da-

durch verloren gegangen ist.

Alleine der Weihnachtsmarkt in Leipzig verzeichnet rund 2,5 Millionen Gäste, der Dresdner Striezelmarkt rund 2 Millionen Gäste oder der Bautzener Wenzelsmarkt rund 150.000 Besucher. Weihnachtsmärkte sind wirtschaftliche Veranstaltungen für Unternehmen, aber auch wichtige Einnahmequellen für die Kommunen. Die Absage der Märkte bedeutet damit einen Verlust, für den Kommunen und Veranstalter in Vorleistungen gegangen sind.

Unsere Gesellschaft lebt ganz entscheidend von der Bereitschaft der Bürger, selbst Verantwortung zu übernehmen. Wenn die staatlichen Eingriffe ins Wirtschaftsleben, auch in Corona-Zeiten, nicht auf ein Minimum begrenzt werden, dann wird die Leistungsbereitschaft sinken.

Wenn die Staatsregierung nun erklärt, dass die betroffenen Kommunen keinen Anspruch auf Bedarfszuweisungen haben, weil die Durchführung von Weihnachtsmärkten eine freiwillige Aufgabe ist, dann grenzt dieses



Verhalten der Regierungskoalition schon an Willkür.“

Kleine Anfrage Drs: https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=8378&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=1&dok_id=undefined

Frank Peschel, Mdl

Wahrnehmungsstörung, Hohn oder einfach nur Dummheit?!

Abriss der Sportstätte „Kante“ als sichtbares Zeichen von Stadtentwicklung gefeiert!

Unter der Überschrift „Sichtbare Stadtentwicklung“ prangen auf der ersten Seite der Januar-Ausgabe 2022 des Pulsnitzer Anzeigers Bilder vom Abriss der Sportstätte „Kante“: Trotz Corona viel geschafft...! Tatsächlich?! Mit dem ersatzlosen Abriss wurden zwölf Vereine heimatlos, die sich jahrelang in Eigeninitiative um ihr Domizil gekümmert haben. Einige Vereine fanden in Nachbarorten Unterschlupf, für andere bedeutete es die Auflösung! Pulsnitzer Identifikationsstätte platt gemacht - ein fragwürdiger Erfolg!

Denn für die Sanierung der „Kante“ lag in der Stadtverwaltung eine komplette Projektplanung vor: die erste stammt (laut öfftl. Bürgerversammlung vom 13.03.2018) aus 2001 mit geschätzten Sanierungs-Kosten von 1,85 Mio. Euro. Diese wurde 2011 wiederaufgenommen und aktualisiert und ergab Gesamtkosten von 1,51 Mio. Euro. Die erteilte Baugenehmigung erlosch 2014 lediglich wegen leerer Fördertöpfe. Das Sanierungskonzept selbst hätte jederzeit erneut aufgegriffen, geprüft und aktualisiert werden können.

Vor Ihrer Wahl hatte die Bürgermeisterin eine Machbarkeitsprüfung bzgl. Erhalt oder Neubau der Kante in Zusammenarbeit mit

dem Stadtrat zu ihrer Priorität erklärt: „Meine Priorität liegt auf der Erhaltung der Kante, wenn dies irgendwie vertretbar ist. In der Kante stecken viel Eigenleistungen und

Geld der Vereinsmitglieder, ebenso städtische Mittel. Sie ist eine wichtige Identifikationsstätte der Pulsnitzer... Möglichkeiten der Rettung... zu klären und anschließend



über Renovierung oder Neubau zu entscheiden... ein Parkhaus an dieser Stelle lehne ich ab. Gemeinsam mit dem Stadtrat sollte uns an dieser Stelle eine „neue/alte“ Kante gelingen..." (www.barabaralueke.de)

Entgegen ihrem Wahlversprechen erklärte Frau Lüke 2019 gegenüber Stadtrat, Vereinen und Presse den Abriss für alternativlos. Das war jedoch frei erfunden; eine Machbarkeitsstudie für die „Kante“ wurde überhaupt nicht beauftragt. Stattdessen floss 2018 ein Betrag von 27,7 T€ in eine Machbarkeitsstudie für ein Parkhaus, welches die Bürgermeisterin vor ihrer Wahl abgelehnt hatte.

Das Stadtentwicklungskonzept aus 2014 enthielt zwar den Abriss der „Kante“, doch dieser war umstritten und stieß auf Widerstand – in der Öffentlichkeit, im Stadtrat und vor allem bei den betroffenen Vereinen. Die Abrissplanung in 2020 durch Bürgermeisterin und Bauamt erfolgte im Alleingang hinter dem Rücken des Stadtrates. Dabei wurde vorsätzlich gegen Geschäftsordnung und Hauptsatzung verstoßen: Der Antrag eines Stadtrates zur Aufnahme des aktuellen Bauzustandes mit einem Architekten (kostenfrei!) wurde einfach ignoriert. Und der Auftrag für die Abrissplanung wurde vorsätzlich und gezielt, unzulässig und

rechtswidrig in kleine Planungsabschnitte zerlegt, um den Stadtrat zu umgehen.

Dagegen haben zahlreiche andere Gemeinden zur selben Zeit vergleichbare Vorhaben im Rahmen der „Strukturwandel-Förderung Kohleausstieg“ (90%-Förderung!) geplant und beantragt. Zu bereits bewilligten Projekten anderer Gemeinden gehören z.B. das Kulturhaus Bischofswerda, der Museumskomplex Zeisholz (Bernsdorf), das Kultur- und Begegnungszentrum Hochkirch, das Erlebnisschloss Seifersdorf, usw. ... (www.sas-sachsen.de).

Doch nicht nur der Abriss der „Kante“ wurde hinter dem Rücken des Stadtrates geplant. Auch die Möglichkeiten der Strukturförderung wurden dem Stadtrat von der Bürgermeisterin vorenthalten! Im Juni 2021 erhielten wir über den Kreistag Kenntnis von bewilligten sowie abgelehnten Projekten. Dabei stellte sich heraus, dass Bürgermeisterin und Verwaltung ohne Wissen und Beschluss des Stadtrates 2019 für ein Parkhaus 4,8 Mio. Euro beantragt haben, welches im Juni 2021 in der ersten Tranche von 40 genehmigungsfähigen Projekten enthalten war (Status: zurückgestellt - der Stadtrat hat sich inzwischen per Beschluss gegen ein Parkhaus ausgesprochen.)

All das zeigt nun deutlich: Fördertechnisch

wäre auch die Sanierung der „Kante“ absolut im Bereich des Möglichen gewesen - Machbarkeitsprüfung, sinnvolle Haushalts- und Finanzplanung, überlegtes Wirtschaften nach dem gesetzlich vorgeschriebenen Sparsamkeitsprinzip und vor allem Zusammenarbeit mit dem Stadtrat vorausgesetzt!

Und: Trotz angespannter Haushaltslage wären auch 10% Eigenmittel auffindbar gewesen. Mit Blick auf die von uns beantragten zahlreichen Sperrungen im Haushalt 2021 und die daraufhin von der Verwaltung aufgespürten zusätzlichen 1,2 Mio. Euro sind wir dessen gewiss!

Statt den Stadtrat zu hintergehen, ihr Wort zu brechen und ihr Gesicht zu verlieren, hätte die Bürgermeisterin ihr Wahlversprechen tatsächlich einlösen können! Dazu fehlte es an Transparenz, sachlicher Information, konstruktiver Zusammenarbeit, tragfähigen Ideen sowie am Willen und echtes Interesse von Bürgermeisterin, Bauamt und leider auch der Mehrheit der Stadträte...

Den Abriss der „Kante“ nun als sichtbare Stadtentwicklung schönzuschreiben, ist ein schwerer Fauxpas, Verrat an den Vereinen und ein Schlag ins Gesicht der Menschen.

AfD-Fraktion im Stadtrat Pulsnitz
www.afd-stadtrat-pulsnitz.de

Gera zwischen Moderne und Tradition – Gera der Tagungsort der 14. Internationale EIKE Klima- und Energiekonferenz

Gera, die einstige Haupt- und Residenzstadt des Fürstentums Reuß feierte 2014 das Jubiläum 777 Jahre Stadtrecht. Gera ist auch die Stadt des Malers Otto Dix, sie ist heute die drittgrößte Stadt im Freistaat Thüringen. Mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert gewannen vor allem Maschinenbau und Textilmaschinenbau an Bedeutung.

Neue Produkte mit Weltniveau entstanden im 20. Jahrhundert. Präzisionsgeräte und Elektronik gingen in die ganze Welt. Die WISMUT förderte im nahe gelegenen Ronneburg Uranerz.

Fast gleich nah zur zweiwöchigen UN Klimakonferenz im schottischen Glasgow, auf deren Tagung sich Regierungen und Nichtregierungsorganisationen treffen und darum streiten, wie viel Geld es zur Rettung der Erde vor der angeblich drohenden Klimakatastrophe braucht, geht es in der einstigen Haupt- und Residenzstadt, Gera deutlich sachlicher zu.

Auf Einladung des Europäischen Instituts für Klima und Energie treffen sich im dortigen

Kultur- und Kongresszentrum Wissenschaftler international renommierter Universitäten wie der Princeton University oder des Mas-

sachusetts Institute of Technology (MIT) und bekannte Kritiker der Auffassung des ausschließlich anthropogen verursachten Kli-



mawandels.

Mit 200 Teilnehmern und Referenten aus über 10 Staaten fand zu den Fragen von Klima und Energie ein faktenorientierter, wissenschaftlicher Diskurs statt.

Die Veränderung beim Klima ist nicht nur die Erderwärmung, sie ist auch die Veränderung der Extremwetterlagen und deren Häufigkeit, die Veränderung des Meeresspiegels, das Abschmelzen der Pole und Gletscher und vieler weiterer Klimaerscheinungen.

Auf dieser Konferenz wurden im Gegensatz zum Weltklimarat nicht nur die den einfachen Ansichten, das anthropogene CO₂ als einzige Ursache zu sehen, die komplexen Zusammenhänge der Klimaforschung gegenübergestellt.

Prof. Fritz Vahrenholt, Chemieprofessor, ehemaliger SPD-Umweltsenator von Hamburg, Manager bei Repower Systems, die die deutsche Solar- und Windkrafteerzeugung wesentlich auf den heutigen technischen Stand brachte, kritisierte, sollte auch die Gasversorgung über Nord Stream 2 politisch nicht zum Tragen kommen, dann würde nach dem Abschalten der letzten 3 Kernkraftwerke zum 31.12.2022 die gesicherte Energieversorgung für Deutschland

am Ende sein.

Windkraft und Solarenergie können keine bedarfsverbrauchsgerechte Stromerzeugung liefern.

Gemeinsames zwischen der Tagung in Glaskow und Gera war, dass die Kernkraft als saubere Energie gewertet wurde.

Die Kernkraft erlebt dank enormer technologischer Fortschritte weltweit eine Renaissance. Sie ist CO₂-arm, umweltfreundlich, grundlastfähig und hat eine höhere Energiedichte. Kernkraftwerke gehören zu den sichersten Kraftwerken zur Energieerzeugung.

Referent Dr. Götz Ruprecht, Kernphysiker, Direktor der Firma Dual Fluid Energy, der im Team in seiner Firma in Berlin einen neuartigen, sicheren Reaktortyp der 4 Generation entwickelte, stellte das Prinzip der DFR Technologie als Konzept der Kernenergie des 21. Jahrhunderts auf der Tagung in Gera vor.

Der DFR ist die effektivste Energieerzeugung, ist CO₂ frei, benötigt kein Endlager und macht die Endlagersuche derzeitiger hochradioaktiver Abfälle zur Zwischenlagersuche.

Für die Erhaltung des technischen Fortschrittes und unseres über Generationen erarbei-

teten Wohlstands und die Schonung unserer Umwelt und der Ressourcen, ist Kernkraft als Quelle der Energieversorgung in Deutschland, Europa und weltweit notwendig.

Dabei sind die Sicherung der Versorgung mit Energie, die kostengünstige Bereitstellung und Sicherheit beim Betrieb kerntechnischer Einrichtungen die entscheidenden Faktoren für die Akzeptanz der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Eine Übersicht über die wichtigsten Themen der Klimakonferenz wurde am 25. November im AK VI der AfD, Landwirtschaft Energie, des Sächsischen Landtages vorgestellt. Bei EIKE kann man sich die beiden Tage über Youtube vollständig in vollem Umfang ansehen.

Auch hier zeigt sich immer wieder, dass wir nun endlich zu einer realistischen und faktenorientierten Klima- und Energiepolitik kommen müssen.

Der alleinige Weg mit Wind- und Photovoltaikanlagen ist ein Irrweg und dieser muss beendet werden.

Dipl.-Chem. Ing. Gundolf Göbel
Mitglied des BFA Kernenergie im BFA 10
Stadtrat der Stadt Wilthen

Alles Gute und alles, was Recht ist...

„... dass du wandelst auf gutem Wege und bleibst auf der rechten Bahn.“ (Bibel Sprüche 2:20)

Versagt die Ampel,



gilt Recht(s) vor links.

Wir wünschen Ihnen alles Gute und alles, was Recht ist, Gesundheit und Glück, Erfolg und Gerechtigkeit, jederzeit das rechte Wort und das rechte Maß. Möge es stets mit rechten Dingen zugehen. Bleiben Sie aufrecht und rechtschaffen. Seien Sie zur rechten Zeit am rechten Ort ... Kurzum: Bleiben Sie - mit uns - auf dem rechten Weg, auf der rechten Bahn – der Weg ist das Ziel.

AfD-Fraktion im Stadtrat Pulsnitz
www.afd-stadtrat-pulsnitz.de

AfD-Anfrage: Bodenversiegelung in Sachsen besonders hoch

Sachsen liegt mit einer Bodenversiegelung von 8,6 Prozent deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt von 5,5 Prozent. Auch die Bodenversiegelung von Überschwemmungsflächen an Flüssen ist sehr hoch. Laut AfD-Anfrage (7/8375) beträgt sie in Chemnitz 32,6 und in Dresden 25,9 Prozent.



Timo Schreyer, AfD-Landtagsabgeordneter und Antragsteller, erklärt:

„Fortschreitender Flächenverbrauch und Bodenversiegelung sind eine große Gefahr für unsere Umwelt und für Bewohner von Flussstälen. Dennoch interessiert sich die Landesregierung nicht dafür. Der grüne Umweltminister hat keine Zahlen über die Entwicklung der letzten sechs Jahre und noch nicht einmal irgendein Konzept. Dabei ist dieses Thema deutlich wichtiger als eine omnipräsente ideologiegetriebene Klimapolitik.“

Je mehr Fläche bebaut wird, umso schlechter kann Regenwasser versickern. Bei Starkregen fließen dann ungeheure Wassermassen mit großer Wucht ins Tal. Die letzten Hochwasser in Sachsen haben gezeigt, dass auch im Freistaat die Gefahr durch schnell anschwellende Flüsse und Bäche sehr groß ist. Die Betroffenen der letzten Flutkatastrophen in der Lausitz und der Sächsischen Schweiz wurden jedoch leider nicht vernünftig entschädigt. Auch das ist ein Versäumnis von Umweltminister Wolfram Günther.“

Timo Schreyer, MdL

PETITION

NEIN ZUR IMPFPFLICHT

§20A IFSG ABSCHAFFEN VERSORGUNGSNOTSTAND IM LANDKREIS BAUTZEN ABWENDEN!

WWW.AFD-FRAKTION-SACHSEN.DE/PETITIONEN

Zum neuen Jahr



Zum neuen Jahr grüße ich mit einer alten Meraner Hausinschrift, die mir angesichts der Zeitläufe in den Sinn kommt und leider nichts an Aktualität verloren hat:

Die Redlichkeit ist aus der Welt gereist,
die Aufrichtigkeit ist schlafen gegangen,
die Frömmigkeit hat sich versteckt,
die Gerechtigkeit kann den Weg
nicht mehr finden,

der Helfer ist nicht mehr zu Haus,
die Liebe liegt krank,
die Guttätigkeit sitzt fest im Arrest,
der Glaube ist ziemlich erloschen,
die Künste und Tugend gehen betteln,
die Wahrheit ist längst begraben,
Schwüre werden leicht gebrochen,
und die Treue wird nicht mehr geachtet,
der Kredit ist närrisch geworden,
und das Gewissen hängt an der Wand:
Nur die Geduld überwindet alles.

Den letzten Satz der Inschrift möchte ich mit einer Lebensweisheit aus Beyers „Sprichwörterlexikon“ ergänzen:
Geduld, Vernunft und Hafergrütze, die sind zu allen Dingen nütze.

Dass Geduld, Vernunft und Hafergrütze auch im Jahr 2022 nicht ausgehen mögen, wünscht Ihnen von Herzen

Carla Nicholson

STEH AUF UND SEI KEIN KNECHT,
KÄMPF FÜR FREIHEIT UND DEIN RECHT!

Karsten Hilse
Mitglied des Deutschen Bundestages

Alternative
für Deutschland

Mein Wunsch für 2022

Aber Michel weine nun,
weine nun nicht mehr!
Stehe auf und sein kein Knecht,
kämpf für Freiheit und Dein Recht!
Und dann weine Du, weine Du nicht mehr!

#einfachfreileben

Kleine Wappenkunde der Städte unseres Landkreises

Arnsdorf



Arnsdorf ist ein Ort und der Verwaltungssitz der gleichnamigen Gemeinde im Landkreis Bautzen.

Der Ort liegt nahe der Stadt Radberg und etwa 15 Kilometer von der sächsischen Landeshauptstadt Dresden entfernt. Mit Stand vom 31.12.2020 wurden 4908 Einwohner gezählt.

1975, anlässlich der 750-Jahr-Feier des Ortes, wurde das Wappen geschaffen. Enthalten sind jene Symbole, die den Ort ausmachen. Darunter der Äskulapstab als Zeichen für das Sächsische Krankenhaus Arnsdorf.

„Das Wappen zeigt sich halbgespalten und geteilt mit einem Mittelschild. Vorn oben in Grün zwei goldene Getreideähren. Hinten oben in Silber ein roter Äskulapstab, unten in Rot ein silbernes Zahnrad und im silbernen Mittelschild mit blauem Schildbord garbenweise drei blaue Fische“. (Sächsisches Hauptstaatsarchiv)

Der Stab präsentiert das Krankenhaus, die Fische stehen für die Fischzucht, die Ähren für die Landwirtschaft und das Zahnrad für die örtliche Industrie.

Quellen: Wikipedia, Sächsische Zeitung, 17.09.2013

Spendenkonto:

Alternative für
Deutschland
KV Bautzen
Bank:
OSK Dresden
IBAN:
DE16 8505 0300
0225 7855 52

Betreff: Kreisverband
Bautzen Spende

Impressum:

Alternative
für Deutschland
Kreisverband Bautzen
vertr. d. d. Vorstandsvorsitzenden Karsten Hilse
Karl-Marx-Straße 15
02625 Bautzen
Tel.: 03591 5328336
info@afdbautzen.de
www.afdbautzen.de

Druck:
Druckhaus Scholz GmbH
Pforzheimer Platz 8
02977 Hoyerswerda